

Rede von Marie Luise von Halem

Marie Luise von Halem spricht zum Antrag der CDU-Fraktion „Ausbau und Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen“

- Es gilt das gesprochene Wort!

[Anrede]

Im Orchester muss der Einsatz aller Instrumente genau abgestimmt sein und gut dirigiert werden, manchmal erst die Geigen, dann die Posaune, manchmal gemeinsam, aber jeder mit genau abgestimmten Partien. Beim Übergang zwischen Schule und Beruf ist es ähnlich: Viele Instrumente bieten sich an, mit unterschiedlichen Fähigkeiten. Auch hier geht es darum, dass die verschiedenen Akteurinnen und Akteure ihr Wissen zusammentun, ihre Arbeit auf einander abstimmen und so bündeln, dass ein harmonisches Konzert das Ergebnis ist. Dass die Zielgruppe, die Jugendlichen, auch erreicht werden. Das ist die Idee hinter den Jugendberufsagenturen. Sie versuchen, die Akteur*innen der Arbeitsagenturen, Jobcenter, der Jugendhilfe und der Sozialarbeit mit dem System Schule zu verzahnen und dabei möglichst die Kammern und den tertiären Bildungsbereich einzubinden.

Denn die Zeit des Übergangs von Schule und Beruf, in der Jugendliche den Weg in eine Ausbildung oder ein Studium finden müssen, ist für viele eine Herausforderung. Sie können sich leicht im Gestrüpp der verschiedenen Regelkreise des SGB II, III und VIII und den Angeboten der Berufsorientierung verlieren, und manche rutschen ganz zwischen diesen Netzen durch und werden nicht mehr erreicht.

Was sich da in den letzten Jahren ausgehend von Hamburg landauf, landab tut, ist wirklich ermutigend, und auch Brandenburg befindet sich auf einem guten Weg. Das ergab die Anhörung am 30. November im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport anlässlich des Antrags der CDU. Die Erfahrungen aus den mittlerweile acht Jugendberufsagenturen haben gezeigt, dass wir eigentlich schon weiter sind, als der ursprüngliche CDU-Antrag suggerierte. Deswegen haben wir gemeinsam mit der CDU eine Beschlussempfehlung mit völlig neuem Inhalt in den Fachausschüssen vorgelegt.

Die Teamarbeit in einer Jugendberufsagentur gelingt dort besonders gut, wo die Beteiligten unter einem Dach sitzen. Dort können die Jugendlichen gleich zur nächsten Tür begleitet werden, und auch die Mitarbeiter*innen können sich direkt abstimmen. Aber auch dort, wo die räumlichen Standorte der Agentur voneinander entfernt sind, gibt es eine neue Qualität der Kooperation, so wurde uns jedenfalls berichtet. Wir möchten deswegen die fehlenden Landkreise ermutigen, sich zur Gründung einer Jugendberufsagentur zu entschließen, damit wir ein flächendeckendes Angebot bekommen.

Jugendliche in verschiedenen Problemlagen brauchen dabei nicht nur eine Kommstruktur, sondern auch aufsuchende Sozialarbeit. Wer Schuldenprobleme, eine Suchterkrankung, Zoff zuhause oder gar kein Zuhause hat, braucht hier konkrete Unterstützung, damit er oder sie sich Gedanken über eine Ausbildung machen kann.

Uns ist auch wichtig, dass alle Jugendlichen, also auch die Geflüchteten oder Jugendliche mit besonderem Förderbedarf durch die Jugendberufsagenturen erreicht werden. Das ist alles personalintensiv, denn es können auch Hausbesuche, Fallbesprechungen oder Fallkonferenzen notwendig sein. Doch der Aufwand lohnt sich, denn wir minimieren so das Risiko, dass Menschen den Einstieg in einen Beruf verpassen und dauerhaft Transferleistungen beziehen müssen.

Fachlich waren wir Bündnisgrüne uns da in Allem mit der Koalition einig. Wir hätten uns – gemeinsam mit der CDU - allerdings eine aktivere Rolle der Landesregierung gewünscht,

eine Verständigung mit den Kommunen über Vorschläge zu strukturellen, rechtlichen und finanziellen Verbesserungen der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit.

In der Anhörung wurde uns anschaulich geschildert, wie aufwändig die Gründungsphase für die beteiligten Behörden ist. Da geht es um Workshops, Fortbildungen, Öffentlichkeitsarbeit und Koordinationsaufwand. Das Land kann dabei förderlich sein, wie z.B. in Schleswig-Holstein. Aber dazu war die Koalition leider nicht zu gewinnen.

Deshalb werden wir uns zur Beschlussempfehlung der Koalition enthalten und wünschen allen Beteiligten in den Kommunen, dass sie gute Dirigent*innen finden, um den Jugendlichen ein mitreißendes Konzert in ihren Jugendberufsagenturen anbieten zu können.